

DAS MAGAZIN DER GEWERKSCHAFT PRO-GE

Ausgabe 1/2024

Glück auf!

DAS MAGAZIN DER GEWERKSCHAFT PRO-GE
Glück auf!

***START IN DIE
FRÜHJAHRSLOHNRUNDE***

***Wir fordern nachhaltige
Lohnerhöhungen für 130.000
Beschäftigte***



EVENTS

kartenstelle.oegb.at

FAMILYPARK ST. MARGARETHEN

Saisonstart 2024: 23.03.2024

Tagestickets sind bis einschließlich 03.11.2024 gültig!

Das ruhige und besonnene Burgenland kann auch ganz schön turbulent und aufregend werden, wenn man den Familypark in St. Margarethen besucht. Denn an jeder Ecke gibt es hier etwas zu entdecken oder unvergessliche Abenteuer zu erleben, und zwar für Groß und Klein!



ermäßigte Preise!

DER DIENER ZWEIER HERREN (VON CARLO GOLDONI)

02.08.2024 bis 25.08.2024 – Festspiele Stockerau

Wenn in Komödien geheiratet werden soll, gehts immer hoch her. Hindernisse tun sich auf, Quertreiber stellen sich ein, das Eheglück will schwer erkämpft sein. In Carlo Goldonis „Der Diener zweier Herren“ sind es gleich zwei Paare, die „können“ – wie es im Volkslied heißt – „zusammen nicht kommen“: zumindest lange Zeit nicht. Mit Nadja Maleh, Anna Sophie Krenn, Christian Spatzek, Christoph Fälbl, Peter Edelmann u. a.



-15%

UNTER DER TREPPE

HERRLICH KOMISCHE UND TIEF MENSCHLICHE KOMÖDIE VON CHARLES DYER

11., 21. und 27.04.2024 – Komödie am Kai

Szenen einer Ehe – einmal anders. Der ganz normale Beziehungsalltag eines nicht mehr ganz taufrischen schwulen Paares. Eine zartbittere und selbstironische Komödie über zwei vom Leben gebeutelte launische Rechthaber, zwei gemütliche Biedermänner, die genau wie alle sind - nur eben ein bisschen anders. Mit Gerhard Ernst und Stephan Paryla-Raky.



-20%

MY FAIR LADY

MUSICAL NACH BERNARD SHAW'S „PYGMALION“

bis 12.06.2024, 19:30 – Stadttheater Baden

MY FAIR LADY ist mit Sicherheit der Inbegriff des klassischen Musicals und eines der meistgespielten Stücke aller Zeiten. Frederick Loewe hat für dieses Musical unsterbliche Melodien wie „Wart's nur ab!“, „Ich hätt' getanzt heut' Nacht“ ... geschaffen. Mit Patrizia Unger, Andreas Steppan, Oliver Baier, Chris Lohner, Christoph Wagner-Trenkwitz u. a.



ermäßigte Preise!

SICHER IST SICHER!

12. und 25.05.2024, 09. und 21.06.2024 – Gloria Theater

Der reiche Unternehmer Balduin Sommerbauer hat aus Angst vor Entführung seine Villa zur Festung ausgebaut – Videoüberwachung, Stahltüren, Alarmanlagen ... sollen für seine Sicherheit sorgen. Eine Komödie für Freunde von Verschwörungstheorien, Nachbarschaftshilfe und Eiswürfeln. Mit Claudia Rohnfeld, Edith Soukup, Christoph Fälbl, Gerald Pichowetz u. a.



-15%

SHOPPING

preisvorteil.proge.at



-10%

TIME TRAVEL VIENNA

Erleben Sie die vielseitige Geschichte Wiens als interaktive, begleitete Tour in den historischen Gewölben des 400 Jahre alten Michaelerklosters.



-10%

CAMPING-FREIZEITWELT

Zubehör für Wohnmobil, Caravan & Camping

Bei uns finden Sie alles Rund ums Campen: Zelte-Markisen, Möbel-Haushalt, Outdoor, Fahrzeuge, Multimedia, Elektrik-Gas-Wasser.



-10%

GREEN SOLAR

Green Solar zeichnet sich durch ein engagiertes Team aus, das eine tiefe Leidenschaft für erneuerbare Energien und langjährige Erfahrung in der Solarbranche besitzt. Wir verfolgen das Ziel, Solarstrom für jeden zugänglicher, erschwinglicher und interessanter zu machen.



-10%

GANS - LUXUS FÜR BETT UND BAD

Seit 1882 verarbeiten wir Daunen und Federn zu Produkten, die Ihren Schlaf zu etwas Besonderem machen. Heimelige Bettdecken und exklusive Kopfpolster umhüllen wir mit feinsten Bettwäsche, die wir auch individuell nach Maß fertigen. Ergänzt wird unser Sortiment durch kuschelige Bademäntel und Frottierwaren.



-10%

HERRENMODE GRANDITS

Seit mehr als vier Jahrzehnten kleidet Grandits stilbewusste Männer ein. Mit hochwertigem Businesslook, trendiger Highfashion, internationalen Designerkollektionen und ausgewählten Fashionlabels in limitierten Stückzahlen.

Alle Angaben ohne Gewähr!

Inhalt



FRÜHJAHRSLOHNRUNDE 2023

Mit Anfang März starteten wieder die KV-Verhandlungen in einigen der größten Industriebranchen des Landes, es geht um Lohnerhöhungen für rund 130.000 Beschäftigte. Bestimmendes Thema bleibt nach wie vor die hohe Inflation.

Seiten 8 und 9

Kommentar

PRO-GE Vorsitzender Reinhold Binder über Zielsetzungen für 2024 Seite 5

Leistungsbilanz 2023

3,26 Milliarden Euro Lohnzuwachs hat die PRO-GE erreicht Seiten 6 und 7

KV-Verhandlungen und Wettbewerbsfähigkeit

ÖGB-Ökonomin Helene Schubert im Interview Seiten 10 und 11

PRO-GE Niederösterreich

Betriebsräte für ihren Einsatz für Arbeitnehmer:innen geehrt Seite 13

Lohnnebenkosten

Wer würde von einer Senkung profitieren – und wer zahlt drauf? Seite 14

Europäische Stahlindustrie in der Krise

Gewerkschaften fordern Plan zur Rettung Tausender Arbeitsplätze Seite 15

Ausbildungsordnung

Wie Lehrberufe zukunftsfit gehalten werden Seiten 16 und 17

Betriebsreportage

Zu Besuch bei Kromberg und Schubert in Oberpullendorf Seiten 18 bis 20

Alles, was Recht ist

Ist ein Tierarzttermin ein Dienstverhinderungsgrund? Seite 21

Preisrätsel und Cartoon Seite 23

IM ERNST?

BEEINDRUCKENDE PR-AKROBATIK

Ende Jänner präsentierte Andreas Zakostelsky, Obmann des Fachverbandes der Pensions- und Vorsorgekassen, ein "sehr gutes Ergebnis" seiner Branche im Jahr 2023. Kritischere Stimmen merkten an, dass die erzielten 6,42 Prozent den Finanzmärkten und vor allem der Inflation hinterherhinkten. Zakostelsky sah aber nicht die privaten Pensionskassen, sondern im Gegenteil das allgemeine Pensionssystem unter Druck. Zwar stellte die Alterssicherungskommission (durchaus entgegen den Intentionen ihres seinerzeitigen „Erfinders“ Sebastian Kurz) fest, dass der Bundeszuschuss trotz Anstiegs des Anteils der Über-65-Jährigen in der Bevölkerung bis 2070 stabil bleibt – aber das hält ja auch sonst niemanden ab, das Pensionssystem schlecht zu reden, wenns der eigenen Agenda dient. Bei Zakostelsky wäre das die Forderung nach einer Pflicht zur betrieblichen Zusatzpension. Die schwächelnden kapitalmarkt-basierten Pensionskassen sind demnach notwendig, um die stabilen umlagefinanzierten Pensionen zu stützen – zumindest PR-technisch eine vollendet elegante Verrenkung.

IMPRESSUM:

Glück auf! – Zeitschrift für Mitglieder der Gewerkschaft PRO-GE. ZVR-Nr.: 576439352. DVR-Nr.: 0046655. Herausgeber: Österreichischer Gewerkschaftsbund, Gewerkschaft PRO-GE, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, (01) 534 44-69. Medieninhaber: Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1; Tel.: (01) 662 32 96-0, Fax: (01) 662 32 96-39793, E-Mail: zeitschriften@oegbverlag.at, www.oegbverlag.at. Leitung: Mathias Beer. Chef vom Dienst: Wolfgang Purer. Redaktion (glueckauf@proge.at): Barbara Trautendorfer, Sabine Weinberger, Robert Wittek, Mathias Beer. Grafik & Layout: Peter-Paul Waltenberger, Maximilian Hochmüller. Fotos/Grafik: PRO-GE, ÖGB, AdobeStock, CREATEAM NEO/Joachim Haslinger, industrAll European Trade union, Pixabay/Tumisu, Pixabay/Gundula Vogel. Cartoon: Bulcartoons. Hersteller: Walstead Leykam Druck GmbH & Co KG, 7201 Neudörfel, Bickfordstraße 1. Redaktionsschluss der folgenden Ausgabe: 2. Mai 2024. Offenlegung gemäß Mediengesetz, § 25: www.glueckauf.at/offenlegung



Reinhold Binder,
Bundesvorsitzender
der PRO-GE

GEMEINSAM DAS BESTE RAUSHOLEN!

Unsere Gewerkschaft ist gewachsen. Wir konnten im vergangenen Jahr fast 19.500 neue Mitglieder begrüßen – so viele wie schon lange nicht mehr – und ein tolles Mitgliederplus erreichen. Das ist ein Zeichen dafür, dass gewerkschaftliche Solidarität nicht verstaubt, sondern gerade in unsicheren, schnelllebigen Zeiten wieder an Bedeutung gewinnt. Das stärkt jede und jeden einzelnen und bietet gleichzeitig die Chance, gemeinsam eine starke Kraft für die Arbeitnehmer:innen zu sein.

So steht bei den kommenden Kollektivvertragsverhandlungen die Sicherung der Einkommen für uns an erster Stelle. Die Teuerung ist zwar auf dem niedrigsten Stand seit 2021, aber dies bedeutet nur, dass die Geschwindigkeit, mit der die Preise angehoben werden, etwas nachgelassen hat. Aktuell machen zum Beispiel die hohen Wohnkosten vielen Beschäftigten zu schaffen. Die Mieten sind zuletzt erneut um zehn Prozent gestiegen. Die Mietpreisbremse der Bundesregierung erweist sich – wie übrigens ihre gesamte bisherige Teuerungskämpfung – leider als zahnlos.

Darum gilt es, auf allen Ebenen gemeinsam das Beste für die Arbeitnehmer:innen rauszuholen. Wenn es zum Beispiel darum geht, die Lehre aufzuwerten, die Qualifikation zu Facharbeiter:innen den Branchen hochzufahren oder Verbesserungen bei der Gesundheitsversorgung und bei den Pensionen zu erzielen. Wir fordern, dass Arbeitsrealitäten berücksichtigt und die schlimmsten Ungerechtigkeiten endlich beseitigt werden: Arbeiter:innen verrichten körperlich sehr anstrengende Tätigkeiten, hinzu kommen oft schwierige Arbeitsbedingungen, Stressbelastung und Schichtdienst. Es ist daher eine Frage des Respekts vor dieser Leistung, dass die abschlagsfreie Pension nach 45 Arbeitsjahren wieder eingeführt wird.

Mit einem herzlichen Glück auf!

Reinhold Binder

KURZ NOTIERT

Unternehmen bei Geschlechtergleichstellung säumig



In mehr als der Hälfte der 250 in einer Studie befragten Firmen sind Gleichstellungsmaßnahmen nach Angaben der Führungskräfte noch nicht in den Unternehmenszielen verankert oder umgesetzt. Als wirksame Maßnahmen nannten Beschäftigte dabei flexible Gestaltung von Arbeitszeit und Arbeitsort sowie Angebote zur Kinderbetreuung.

Beschäftigte kämpfen mit Teuerung

Eine aktuelle Sonderauswertung des Arbeitsklima Index für Oberösterreich zeigt, dass die Beschäftigten angesichts der Teuerungen Schwierigkeiten haben, ihre Wohnkosten zu stemmen. Die allgemeine Arbeitszufriedenheit war in Oberösterreich in den vergangenen fünf Jahren zumeist höher als in den anderen Bundesländern. Aufholbedarf gibt es jedoch in der Gastronomie und Hotellerie. Der Arbeitsklima Index ist auf Basis von 4.000 Interviews pro Jahr der wichtigste Maßstab für die Arbeitszufriedenheit der Beschäftigten.

Hohe Burn-out-Gefahr

Die österreichische Gesellschaft sollte mehr auf die psychische Gesundheit achten. Eine wissenschaftliche Untersuchung hat ergeben, dass mehr als 40 Prozent der Erwachsenen Anzeichen des Burn-out-Syndroms aufweisen. Das sei keine Modeerscheinung, sondern ein ernst zu nehmendes Problem, betonte der Wiener Psychiater Michael Musalek in einem Symposium Ende Februar in Wien.



Offene Stellen 2023 gesunken

Die Zahl der offenen Stellen hat sich im vergangenen Jahr verringert. Mit 206.400 offenen Arbeitsstellen im Jahresschnitt meldeten die österreichischen Unternehmen um 10,4 Prozent weniger freie Jobs als im Rekordjahr 2022, wie die Statistik Austria berichtet. Damit lag der Wert aber immer noch deutlich über den Jahren davor; inklusive 2019, dem Jahr vor der Coronakrise.

ZUSAMMEN STÄRKER!

DIE LEISTUNGEN DER GEWERKSCHAFT PRO-GE 2023

Die **Gewerkschaft PRO-GE** ist die größte Gewerkschaft im ÖGB für Arbeiterinnen, Arbeiter und Lehrlinge. Gemeinsam erzeugen wir den nötigen Druck am Verhandlungstisch. Solidarisch helfen wir einander in schwierigen Situationen. **Zusammen sind wir stärker!**

Danke für deine Mitgliedschaft! Dadurch hilfst du mit, die Arbeitswelt von morgen positiv zu gestalten!

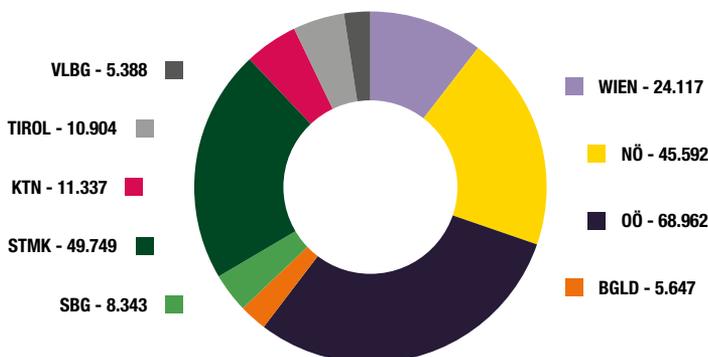


Eine Gemeinschaft!

Am 31.12.2023 hatte die Gewerkschaft PRO-GE **230.039 Mitglieder**. Das sind im Jahresvergleich zu 2022 um **1.831 mehr Mitglieder**. Insgesamt durften wir im letzten Jahr **19.470 neue Mitglieder** willkommen heißen.

Rund **7 Prozent** aller Mitglieder sind **Lehrlinge und Jugendliche** unter 19 Jahren. Der **Frauenanteil** liegt bei etwa **15 Prozent**.

Mitgliederzahlen Bundesländerweit



Für eine bessere Arbeitswelt! 3,26 Milliarden Euro Lohnzuwachs

Für eine halbe Million Arbeiterinnen, Arbeiter und Lehrlinge gilt einer von **121 Kollektivverträgen**, welche die PRO-GE verhandelt. Durch die hohen Lohnabschlüsse wurden **3,26 Milliarden Euro** Lohnzuwachs erreicht!



Wir halten zusammen!

Wenn es im Arbeitsleben einmal Probleme gibt, profitieren unsere Mitglieder von:

kostenloser Rechtsberatung
kostenlosem Rechtsschutz
zahlreichen Unterstützungen
Berufs-Haftpflichtversicherung bis 100.000 Euro

Insgesamt holte die PRO-GE mehr als **76 Millionen Euro** für ihre Mitglieder durch Rechtsschutz Tätigkeiten heraus. Der größte Teil entfiel dabei auf gut ausverhandelte Sozialpläne.



* **IESG:** Zahlungen nach dem Insolvenzrentgelt-Schutzgesetz (z. B. ausstehende Löhne bei Insolvenz des Unternehmens).

* Ein **Sozialplan** wird ausverhandelt, wenn ein Betrieb schließt oder viele Mitarbeiter:innen ihre Arbeit verlieren.

* **Intervention und Vergleich:** Zahlungen aufgrund einer außergerichtlichen Einigung.

* **Urteil:** Vor Gericht erstrittene Summe.

Wir helfen einander!

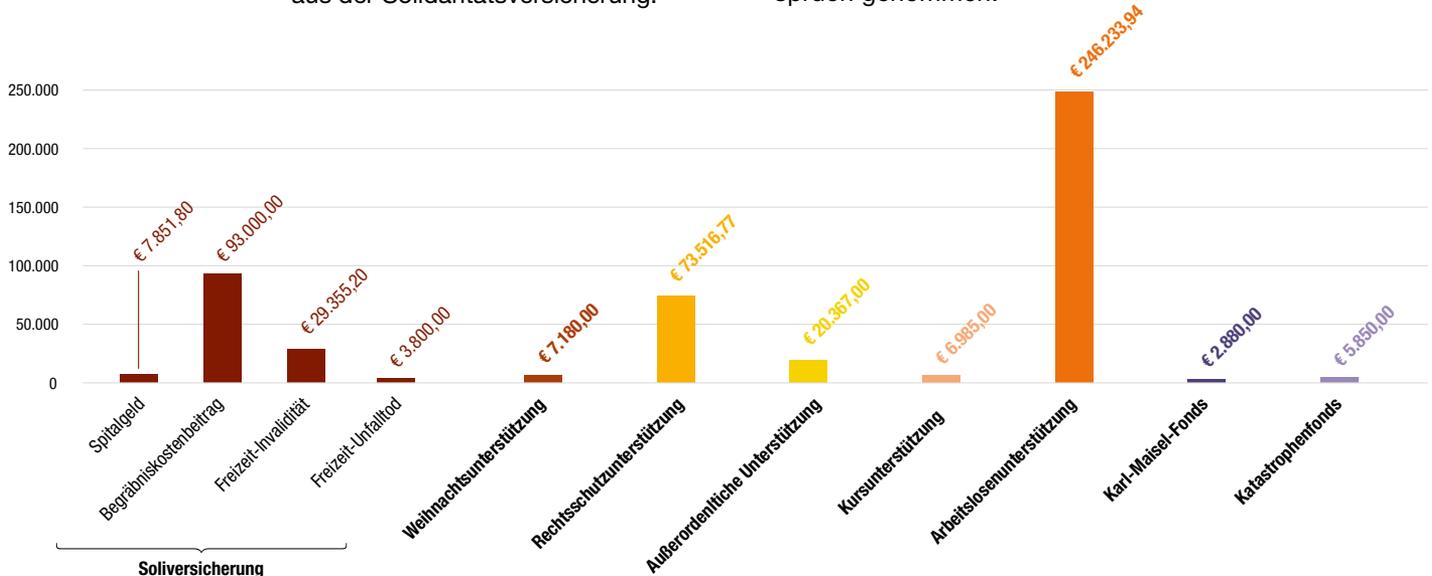
Die Gewerkschaft PRO-GE unterstützt ihre Mitglieder durch unterschiedliche Leistungen – von Mobbing-Beratung bis Begräbniskostenbeitrag.

Über **500.000 Euro** wurden so an Mitglieder ausbezahlt. Rund die Hälfte davon machten Zahlungen aus der Arbeitslosenunterstützung aus, gefolgt von den Leistungen aus der Solidaritätsversicherung.



Gewerkschaftliche Soforthilfe: Bar auf die Hand

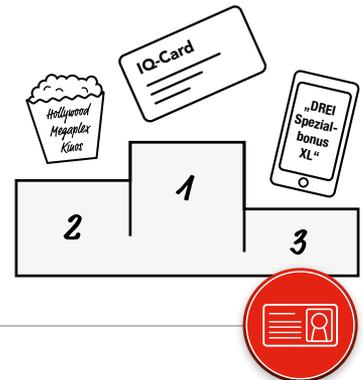
Arbeitslos gewordene Leiharbeiter:innen können sich von uns die Arbeitslosenunterstützung aus dem Sozial- und Weiterbildungsfonds als „Gewerkschaftliche Soforthilfe“ unkompliziert in bar auszahlen lassen. Dieser Service für Mitglieder wurde **1.125 Mal** in Anspruch genommen.



Sparen mit der Mitgliedskarte!

Über **1.000 Vergünstigungen** und Vorteile gibt es exklusiv für Mitglieder der Gewerkschaft PRO-GE auf preisvorteil.proge.at

Das am häufigsten genutzte Angebot war 2023 die **IQ-Tankkarte**. Ebenfalls sehr beliebt waren der 20 % Rabatt in **Hollywood Megaplex Kinos** und der **Handytarif Drei Spezialbonus XL**.



Günstiger Urlaub in den PRO-GE Urlaubshäusern

Für PRO-GE Mitglieder ist ein Urlaub in einem unserer **drei top-modernen Urlaubshäusern** in den schönsten Regionen Österreichs besonders günstig.

Erfreulicherweise liegen die Nächtigungszahlen in unseren Urlaubshäusern in Krumpendorf am Wörthersee, Velden und in Bad Hofgastein wieder auf dem Niveau vor der Pandemie. In Velden

und Bad Hofgastein wurden sogar **neue Rekorde** erreicht! Besonders erfreulich: In Bad Hofgastein fielen fast 70 Prozent der Buchungen auf PRO-GE Mitglieder.

Neuerungen: In allen Urlaubshäusern stehen Gästen mit E-Autos ab sofort je zwei hauseigene E-Ladestationen zur Verfügung. www.proge-urlaub.at



PRO-GE
DIE PRODUKTIONSGEWERKSCHAFT

Frühjahrslohnrunde 2024

Mehr Geld für 130.000 Beschäftigte

Im März starten die Kollektivvertragsverhandlungen für wichtige Industriebranchen. Die Frühjahrslohnrunde steht bereits zum dritten Mal im Zeichen einer hohen Inflationsbelastung. Nachhaltige Erhöhungen haben daher Priorität.

Die Frühjahrslohnrunde in den Branchen Elektro- und Elektronikindustrie (EEI), Chemische Industrie, Glasindustrie, Papierindustrie und Textilindustrie mit insgesamt 130.000 Beschäftigten startet. „Unser Ziel ist klar, wir wollen in allen Bereichen nachhaltige Lohnerhöhungen erreichen, um die Einkommen der Beschäftigten zu sichern“, sagt PRO-GE Bundesvorsitzender Reinhold Binder, der auch die Kollektivvertragsverhandlungen für die Arbeitnehmer:innen in der Elektro- und Elektronikindustrie führt. Dass die Lohnrunden im Frühjahr erneut schwierig werden, liegt an der weiterhin hohen Inflationsbelastung. Zwar ist die monatliche Teuerungsrate nicht mehr so hoch wie vor einem Jahr, aber die für die Kollektivvertragsverhandlungen relevante sogenannte rollierende 12-Monatsinflation lag im Februar 2024 laut Schnell-schätzung der Statistik Austria immer noch bei 6,8 Prozent.



Nein zu Kerninflation & BIP-Deflator.

Die enormen Preissteigerungen der Vergangenheit belasten damit weiterhin die Kollektivvertragsverhandlungen. Daher werden die Rufe von Ökonom:innen und Wirtschaftsvertreter:innen nach einer Änderung der Systematik nicht aufhören. Für die PRO-GE ist aber klar, dass die nachhaltige Abgeltung der zurückliegenden Inflation weiterhin Teil der Lohnfindung sein muss. Denn würde man zum Beispiel die Kerninflation heranziehen (Herausrechnen von Energie und Nahrungsmittel), dann würden ausgerechnet jene Faktoren herausgenommen, die das Geldbörstel am stärksten belasten. Ähnlich wäre es beim BIP-Deflator, der aus dem Verbraucherpreisindex (VPI) die importgetriebenen Preissteigerungsschocks (z. B. Gaspreis) herausrechnet und nur den heimischen Preisauftrieb abbildet. Außerdem ist der BIP-Deflator im Gegensatz zum monatlichen VPI nur vierteljährlich verfügbar. Die monatlichen Werte müssten geschätzt werden.

Dauerhafte Erhöhungen. Zuletzt wurde von Wirtschaftsforscher:innen auch ein kürzerer Betrachtungszeitraum vorgeschlagen. Statt des Zwölfmonatsdurchschnitts sollen nur die jüngsten drei Monate herangezogen werden. Doch auch hier gibt es einen Haken: Es ist natürlich möglich, dass die Inflation in diesen drei Monaten niedriger ist als in den anderen Monaten. Auch diese Umstellung ginge zulasten der Arbeitnehmer:innen, die Realeinkommen würden langfristig sinken. Das gilt ebenso für das von den Arbeitgebern favorisierte Modell, dauerhafte Lohnerhöhungen durch Einmalzahlungen zu ersetzen. Auf 20 Arbeitsjahre gerechnet, könnten Beschäftigte mit einem durchschnittlichen Brutto-Jahresverdienst bis zu 60.000 Euro verlieren. „Wir werden daher bei allen Lohnrunden weiterhin auf nachhaltige Erhöhungen drängen, denn sie bleiben das beste Mittel, um die Teuerung dauerhaft abzufedern und um die Kaufkraft zu erhalten“, sagt Binder. Dies habe Priorität, denn die Teuerungskrise ist noch nicht ausgestanden.



GUT ZU WISSEN

Sinkt die Inflation?

Der monatliche Verbraucherpreisindex steigt nur weniger stark als in der Vergangenheit. Im Vergleich zu anderen Eurozonen-Staaten hat Österreich stets eine der höchsten monatlichen Inflationsraten. Diese lag in Österreich im Jänner zum Beispiel mit 4,5 Prozent deutlich über dem Durchschnitt des Euroraumes mit 2,8 Prozent. Verantwortlich dafür ist vor allem, dass andere Staaten mit ihren Maßnahmen gegen die Preisanstiege erfolgreicher waren als die österreichische Regierung. Darum sind aus Sicht der PRO-GE preisdämpfende Maßnahmen wie zum Beispiel ein echter Preisdeckel für alle Mietverhältnisse (auch rückwirkend) oder das Aussetzen der Steuer auf Grundnahrungsmittel notwendig.

Bedeutet höhere Löhne auch höhere Preise – Lohn-Preis-Spirale?

Für KV-Verhandlungen wird die vergangene Inflationsentwicklung betrachtet. Daher kann es keine Lohn-Preis-Spirale geben, da die Löhne den Preisen folgen und nicht umgekehrt. Auch ist der Einfluss der Löhne auf die Preise nicht so hoch, wie oft vermutet wird. Laut einer Schätzung der Österreichischen Nationalbank führt eine zehnpromtente Lohnerhöhung zu einer Preiserhöhung im ersten Jahr um 1,2 Prozent (nach drei Jahren um drei Prozent) – und das ist nur dann der Fall, wenn die Lohnerhöhung zu 100 Prozent auf die Preise weitergegeben wird. Weiters sind die Branchenunterschiede zu beachten – der Einfluss der Löhne auf die Preise ist in der Industrie geringer als im Dienstleistungssektor.

Gefährden hohe Lohnabschlüsse die Wettbewerbsfähigkeit?

Lohnzurückhaltung ist kein Garant für Wettbewerbsfähigkeit, sondern erhöht oft nur die Gewinnmargen. Wirtschaftsforscher:innen sehen nicht-preisliche Faktoren als weitaus wichtiger an: unter anderem öffentliche Infrastruktur, Energiesicherheit, Forschung und Entwicklung, Produktinnovationen oder gut ausgebildete Arbeitskräfte. Letzter Punkt ist angesichts des Fachkräftebedarfs von großer Bedeutung. Dazu hat die PRO-GE in den Branchen Metallindustrie und Metallgewerbe eine Qualifizierungsoffensive mit den Arbeitgeberverbänden vereinbart. In den nächsten Jahren sollen bis zu 10.000 angelernte Arbeitnehmer:innen, die bereits in den Betrieben arbeiten, z. B. zu Metalltechniker:innen oder Elektrotechniker:innen ausgebildet werden. Die Offensive wird auch Thema bei den kommenden KV-Verhandlungen sein.

Interview

Österreichs Industrie ist eine Erfolgsgeschichte

Die Chef-Ökonomin des ÖGB, Helene Schubert, beschreibt die Gefahr, die von einer anhaltend hohen Teuerung ausgeht. Im „Glück auf!“-Interview fordert Schubert preisdämpfende Maßnahmen, um die Inflationsraten deutlich zu senken. Sie fordert zudem eine Industrie- und Standortstrategie, die die Themen Digitalisierung und Dekarbonisierung einschließt.

„Glück auf!“: Die industrielle Frühjahrslohnrunde hat soeben begonnen. Wie in der Herbstlohnrunde ist die Ausgangssituation schwierig, denn die 12-Monatsinflation ist überdurchschnittlich hoch. Hat es die Regierung verabsäumt, rechtzeitig gegenzusteuern?

Helene Schubert: Ja, die Bundesregierung hat bei der Inflationsbekämpfung eindeutig versagt. Wir haben schon früh auf all die Probleme, die eine hohe Teuerung mit sich bringt, hingewiesen und Preiseingriffe gefordert, wie das fast alle europäischen Länder umgesetzt haben. Der ÖGB und die Gewerkschaften haben auch deshalb preissenkende Maßnahmen eingefordert, weil hohe Inflationsraten die Lohnverhandlungen eben sehr schwierig machen. Zum Beispiel haben wir einen echten Mietpreisdeckel oder einen Deckel für Strom- und Heizkosten verlangt; oder aber auch Maßnahmen gegen die gewinngetriebene Inflation. Die Bundesregierung weigert sich bis heute, in die Preise einzugreifen – die Strompreisbremse wurde ja als Zuschuss auf die Stromrechnung konzipiert und nicht als Energiepreisdeckel. Stattdessen

„Die Bundesregierung weigert sich bis heute, in die Preise einzugreifen.“

wurde den Menschen Geld in die Hand gedrückt, damit sie sich die hohen Preise halbwegs leisten können. Vielfach waren das Einmalzahlungen, die verpufft sind. Auch wenn sich die Inflationsrate etwas eingebremst hat, haben wir in Österreich noch immer eine der höchsten Inflationsraten unter den Euroländern.

Angesichts der hohen Inflation wird vonseiten der Arbeitgeber immer wieder gefordert, nicht den durchschnittlichen Verbraucherpreisindex heranzuziehen, sondern beispielsweise den BIP-Deflator oder die Kerninflation. Wie sind solche Vorschläge einzuschätzen?

Die Vorschläge der Arbeitgeberseite sind nicht sinnvoll, denn sie messen nicht die Preissteigerungen, die ein durchschnittlicher Haushalt im Alltag spürt. Im BIP-Deflator sind nur die Preissteigerungen aller im Inland produzierten Waren und geleisteten Dienstleistungen enthalten und nicht spezifisch jener Waren, die Haushalte konsumieren. Die Kerninflation, ein anderer Inflationsindikator, die oft als Grundlage für die Lohnverhandlungen gefordert wird, berücksichtigt die

Teuerung bei Energie und Lebensmittel überhaupt nicht, also gerade bei den Grundbedürfnissen. Außerdem wird der BIP-Deflator nur vierteljährlich veröffentlicht und im Nachhinein mehrmals korrigiert. Ich sehe nicht, wie man diesen Indikator sinnvoll bei Lohnverhandlungen einsetzen könnte.

Wir sollten uns also auch weiterhin an der Benya-Formel orientieren?

Die Benya-Formel ist seit Jahrzehnten die Basis für die Forderung der Arbeitnehmer:innen bei den Lohnverhandlungen. Sie setzt sich einerseits aus der durchschnittlichen Teuerung der letzten zwölf Monate und andererseits aus der durchschnittlichen Produktivitätsentwicklung der letzten Jahre zusammen. Der erste Teil hat den Vorteil, dass die Daten zur Teuerung für Haushalte zeitnah verfügbar sind und der Kaufkraftverlust über die Zeit gesichert wird. Das Heranziehen der durchschnittlichen Produktivitätsentwicklung stellt eine solidarische Aufteilung der Gewinne durch technischen Fortschritt über alle Branchen hinweg sicher und sorgt dafür, dass nicht einzelne besonders gute oder schlechte Jahre zu großen Einfluss haben. Interessant ist, dass gerade die Industrie, deren Produktivität stärker wächst als im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt, ei-



Helene Schubert ist Chefökonomin beim ÖGB und leitet seit 2022 das Volkswirtschaftliche Referat des ÖGB. Zuvor war sie in verschiedenen Positionen in der Österreichischen Nationalbank tätig, zuletzt als Leiterin der Auslandsanalyseabteilung. In den Jahren 2007/08 war sie wirtschaftspolitische Beraterin des österreichischen Bundeskanzlers und später des österreichischen Bundespräsidenten.

gentlich von der solidarischen Lohnpolitik profitiert. Würde die branchenspezifische Produktivitätsentwicklung herangezogen, hätten die Löhne dort in der Vergangenheit stärker steigen müssen. D. h. die Benya-Formel stellt auch sicher, dass die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie erhalten bleibt.

Die Industrie beklagt derzeit die schlechte wirtschaftliche Situation. Es ist von „Abwärtsspirale“ und drohender Deindustrialisierung die Rede. Wie steht es um den Industriestandort Österreich im internationalen Vergleich?

Es ist zwar richtig, dass die österreichische Industrie, wie in anderen Ländern auch, mit höheren (Energie-) Kosten konfrontiert ist und die Produktion von Anfang 2023 bis in den Herbst letzten Jahres eingebrochen ist. Aber seit dem vierten Quartal geht es nun wieder aufwärts und die Hoffnung besteht, dass sich dieser Trend fortsetzt.

Österreichs Industrie ist eine Erfolgsgeschichte. Hier wuchs die Wertschöpfung seit Anfang 2000 um 66 Prozent. Das ist mit Abstand der höchste Zuwachs im

westlichen Euroraum. Zum Vergleich: In Deutschland bzw. im Durchschnitt des Euroraums waren es im selben Zeitraum nur rund 39 Prozent. Selbst vom Vorkrisenniveau Ende 2019 weggerechnet, liegt die Industrieproduktion bei uns fünf Prozent höher, während sie in Deutschland um fast sieben Prozent niedriger liegt. Österreichs Industrie ist erstklassig – auch wegen der gut ausgebildeten Arbeitskräfte.

Für die Zukunft ist nun wesentlich, dass die Inflationsraten ausreichend sinken – bleiben diese über längere Zeit wesentlich höher als im Ausland, kann es durchaus sein, dass die österreichische Industrie ein Wettbewerbsproblem bekommt. Preissenkende Maßnahmen sind daher auch im Interesse der Arbeitgeber. Weiters ist die Gefahr einer Deindustrialisierung mittel- und langfristig durchaus real, wenn wirtschaftspolitisch nicht gegengesteuert wird. Der ÖGB hat einen 10-Punkte-Plan vorgelegt, der auch dieses Problem anspricht.

Immer wieder wird auf die hohen Lohnstückkosten hingewiesen. Österreich

soll dadurch in seiner Wettbewerbsfähigkeit eingeschränkt sein. Sind die Lohnstückkosten tatsächlich zu hoch?

Das stimmt so nicht. Die Lohnstückkosten in der Industrie stiegen im europäischen Vergleich in der langen Frist nur unterdurchschnittlich stark an. Aufgrund der aktuell höheren Lohnabschlüsse werden die Lohnstückkosten im europäischen Vergleich nun etwas stärker steigen. Das liegt aber nicht etwa an überzogenen Forderungen der Arbeitnehmer:innen. Grund sind die fehlenden Preiseingriffe der Bundesregierung, die zugelassen hat, dass die Preise bei uns viel stärker steigen als im Großteil des Euroraums.

Was braucht es, um den Industriestandort zukunftsfit zu gestalten?

Wichtig wäre es, gemeinsam mit den Sozialpartnern eine Industriestrategie zu entwickeln, die dringende Themen wie Digitalisierung und Dekarbonisierung adressiert. Es braucht eine Investitionsoffensive, die aber an Standort- und Beschäftigungsgarantien geknüpft werden und soziale Kriterien berücksichtigen muss. Und ein Fokus muss auf guter Arbeit und guten Arbeitsbedingungen sowie auf der Stärkung der betrieblichen Mitbestimmung und der betrieblichen Weiterbildung liegen.

„In Österreichs Industrie wuchs die Wertschöpfung seit Anfang 2000 um 66 Prozent.“

AKTUELLE KOLLEKTIVVERTRAGSABSCHLÜSSE

Ab 1. Jänner:

Alkoholfreie Erfrischungsgetränkeindustrie: KV-Löhne +8,1 Prozent, neuer Mindestlohn 2.224,09 Euro; Lehrlingseinkommen +8,1 Prozent plus Aufrundung auf die nächsten 5 Euro; Dienstalterszulagen +8,1 Prozent plus Aufrundung auf den nächsten vollen Euro; Verkaufsprovisionen +8,1 Prozent, Zehrgelder +8,1 Prozent; Euromäßige Überzahlungen bleiben voll aufrecht

Arbeitskräfteüberlassung: KV-Löhne +8,50 Prozent, neuer Mindestlohn 2.191,27 Euro; Überzahlung des Grundlohnes bleibt aufrecht

Bekleidungsbranche: KV-Löhne +9,0 Prozent, neuer Mindestlohn 1.811,31 Euro; Ist-Lohnempfehlung; Lehrlingseinkommen +9,0 Prozent; Zulagen, Zuschläge und Prämien +9,0 Prozent

Chemisches Gewerbe: KV-Löhne +8,8 bis +9,0 Prozent, neuer Mindestlohn 1.858,44 Euro; Lehrlingseinkommen im Durchschnitt +10,5 Prozent; Zulagen +8,7 Prozent

Essig-, Essenzen- und Spirituosenbranche: KV-Löhne +8,7 Prozent, neuer Mindestlohn 1.935,96 Euro

Essig-, Essenzen- und Spirituosenindustrie: KV-Löhne +8,35 Prozent, neuer Mindestlohn 2.079,31 Euro; Dienstalterszulagen +8,35 Prozent, Zehrgelder +8,35 Prozent; Überproportionale Erhöhung der Lehrlingseinkommen; Überzahlungen bleiben voll aufrecht

Großbäcker: KV-Löhne im Durchschnitt +9,0 Prozent, neuer Mindestlohn 1.955,42 Euro; Erhö. d. Lehrlingseinkommen lt. Rahmen-KV, Zulagen +9,0 Prozent; Teuerungsprämie 500 Euro (Lehrlinge 350 Euro)

Kohlensäuregetränkewerbe: KV-Löhne +8,7 Prozent, neuer Mindestlohn 2.125,49 Euro; Lehrlingseinkommen +8,7 Prozent

Kürschner- und Gerbergewerbe: KV-Löhne +9,0 Prozent, neuer Mindestlohn 1.811,31 Euro; Ist-Lohnempfehlung; Lehrlingseinkommen +9,0 Prozent; Zulagen, Zuschläge und Prämien +9,0 Prozent

Metallgewerbe: KV-Löhne +8,5 Prozent, neuer Mindestlohn 2.424,45 Euro; Ist-Löhne +8,2 Prozent; Lehrlingseinkommen im Durchschnitt +10,3 Prozent; Zulagen und Aufwandsentschädigungen: + 8,5 Prozent, Schichtzulagen 2. Schicht + 19,95 Prozent, 3. Schicht + 8,88 Prozent, 100 Prozent Überstundenzuschlag ab 3. Überstunde/Tag und 51. Wochenstunde, 24. und 31. Dezember nur ein Urlaubstag notwendig, Klimaticket für Lehrlinge im 1. bis 3. Lehrjahr

Obst-, Gemüseveredelungs- und Tiefkühlgewerbe: KV-Löhne +8,7 Prozent, neuer Mindestlohn 1.950,13 Euro; Lehrlingseinkommen +8,7 Prozent

Obst-, Gemüseveredelungs- und Tiefkühlindustrie: KV-Löhne +8,0 bis +8,3 Prozent, neuer Mindestlohn LK 4 2.164,32 Euro; Lehrlingseinkommen +8,0 Prozent; Dienstalterszulagen +9,0 Prozent; Begünstigungsklausel für die Beibehaltung bei Überzahlung

Österreichische Bundesforste: KV-Löhne +9,0 Prozent, neuer Mindestlohn 2.237,73 Euro; Lehrlingseinkommen +9,0 Prozent; Praktikant:innen, Ferialangestellte, Ferialarbeiter:innen und sonstige

Aushilfskräfte +9,0 Prozent; Zulagen +9,0 Prozent, Erhöhung Tagesdiät von 26,40 auf 60 Euro sowie Erhöhung Nächtigungsgebühr von 14,50 auf 30 Euro; Bestehende Überzahlungen bleiben in ihrer betragsmäßigen Höhe aufrecht; Sechste Urlaubswoche ab dem 43. Lebensjahr

Sattler- und Lederwarengewerbe: KV-Löhne +9,0 Prozent, neuer Mindestlohn 1.818,23 Euro; Lehrlingseinkommen +9,0 Prozent

Teigwarengewerbe: KV-Löhne +8,7 Prozent, neuer Mindestlohn 1.831,60 Euro

Textilgewerbe: KV-Löhne +9,0 Prozent, neuer Mindestlohn 1.814,77 Euro; Ist-Lohnempfehlung; Lehrlingseinkommen +9,0 Prozent; Zulagen, Zuschläge und Prämien +9,0 Prozent

Teigwarenindustrie: KV-Löhne im Durchschnitt +8,23 Prozent, neuer Mindestlohn 1.900,46 Euro; Euromäßige Überzahlung bleibt in voller Höhe aufrecht

Ab 1. Februar:

Elektrizitätsversorgungsunternehmen: KV-Löhne +8,4 Prozent (BG 15 +7,8 Prozent), neuer Mindestlohn 2.458,72 Euro; Ist-Löhne +8,4 Prozent (BG 15 +7,8 Prozent), Lehrlingseinkommen +8,4 bis +11,1 Prozent; Zulagen +10,0 Prozent, Schichtzulage 2. Schicht +8,4 Prozent, 3. Schicht +7,5 Prozent, Aufwandsentschädigungen +6,4 Prozent, Kinderzulage 71,668 Euro; aliquotiertes Jubiläumsgeld bei Pensionierung, Erhöhung der Pflegefreistellung für Eltern bei Betreuungspflichten für erheblich behinderte Kinder

Gewürzindustrie: KV-Löhne im Durchschnitt +7,53 Prozent, neuer Mindestlohn 2.000,57 Euro; Lehrlingseinkommen im Durchschnitt +8,01 Prozent; Dienstalterszulagen +35 Prozent bis +75 Prozent; euromäßige Überzahlung bleibt aufrecht

Mineralölindustrie: KV-Löhne +7,8 bis +8,5 Prozent, neuer Mindestlohn 2.572,33 Euro; Ist-Löhne +7,8 bis +8,5 Prozent; Vorrückungsbeträge +7,8 bis +8,5 Prozent; Lehrlingseinkommen im Durchschnitt +13,5 Prozent; Zulagen u. Trennungskostenentschädigungen +8,37 Prozent, Anrechnung von Dienstjahren innerh. des Konzerns für Dienstjubiläen

Suppenindustrie: KV-Löhne +175 Euro (durchschnittliche Erhöhung +8,15 Prozent), neuer Mindestlohn 2.106,00 Euro; Lehrlingseinkommen im Durchschnitt +8,29 Prozent; Teuerungsprämie 430 Euro (Lehrlinge 300 Euro); Überzahlungen bleiben aufrecht

Ab 1. März:

Gewerbliche Forstunternehmen: KV-Löhne +7,9 Prozent, neuer Mindestlohn 1.949,19 Euro; Lehrlingseinkommen +7,9 Prozent; Gerätefahrer- und Partieführerzulage +7,9 Prozent, Motorsägenpauschalen für Anschaffung und Instandsetzung +7,9 Prozent

Gewerbliche Friedhofsgärtnereien: KV-Löhne im Durchschnitt +7,9 Prozent, neuer Mindestlohn 1.832,20 Euro; Einführung von Monatslöhnen anstelle der Stundenlöhne; überproportionale Erhöhung des Lehrlingseinkommens; Einführung von Treuetagen

ALLE KV-ABSCHLÜSSE DER PRO-GE: WWW.LOHNRUNDEN.AT



Niederösterreich

Betriebsrät:innen vor dem Vorhang

Betriebsrät:innen sind entscheidend für die Menschen am Arbeitsplatz, denn Betriebsratsmitglieder haben besondere Mitbestimmungsmöglichkeiten. Als Interessenvertreter:innen sind sie ein wichtiger Faktor im Unternehmen. Aus diesem Grund werden Betriebsrät:innen in der PRO-GE auch immer wieder vor den Vorhang geholt.

Im PRO-GE Regionalvorstand Amstetten-Melk-Scheibbs wurden Franz Amon und Johann Langmann für ihre Tätigkeit als Arbeiterbetriebsratsvorsitzende geehrt. Franz Amon war in Pöchlarn bei der Fa. Garant und Johann Langmann in Seitenstetten bei der Fa. Lisec beschäftigt. Beide waren in ihrer Funktion als Betriebsräte für die Anliegen ihrer Kolleg:innen äußerst engagiert und erfolgreich.

Schloss-Spiele Koberdorf 2024

Der Diener zweier Herren

Die Schloss-Spiele Koberdorf locken diesen Sommer nach Venedig. Dort zerspragelt sich der Spaßmacher Arlecchino gleich als Diener zweier Herren! Peter Turrini hat Carlo Goldonis Stück von Liebes- und Handelsgeschäften umsichtig neu geschrieben: pikant und poetisch, komisch und kritisch, zotig und zärtlich. Wolfgang Böck, Hubsli Kramar, Christian Strasser u. a. stürzen sich ins turbulente Karnevalstreiben.

Spielzeit: 2. Juli (Premiere) bis 28. Juli 2024 (Do.-So.)

Kartenservice & Information: Büro der Schloss-Spiele Koberdorf, Franz-Schubert-Platz 6, 7000 Eisenstadt, Telefon +43 (0)2682/719-8000; Kartenpreise: 29 bis 54 Euro

ÖGB-Mitglieder erhalten im Vorverkauf gegen Vorlage der Mitgliedskarte zehn Prozent Ermäßigung auf jeweils zwei Eintrittskarten an Donnerstagen und Sonntagen; bei der Wiener ÖGB-Kartenstelle erhalten Gewerkschaftsmitglieder bis zu zwölf Prozent ermäßigte Karten an ausgewählten Tagen.

Mach mit bei unserem Preisrätsel auf Seite 23 und gewinne zwei Freikarten!



CREATEAM/NEO/Joachim Haslinger

Linktipp:
www.schlossspiele.com

BUCHTIPP

LUKAS RESETARITS – KROWOD

Erinnerungen an meine Jugend von Fritz Schindlacker und Lukas Resetarits



Student bei Hans Asperger, Beinahe-Rockstar in Schweden, Gammler in Venedig und Polizeihäftling in München: Dieses Buch erzählt Geschichten aus dem turbulenten Leben des großen Kabarettisten Lukas Resetarits, als er noch Erich hieß. Kaum hat am 14. Oktober 1947 Chuck Yeager als erster Mensch in einem Flugzeug die Schallmauer durchbrochen, erblickt im Südburgenland der kleine „Krowod“ (= Kroat) Erich Lukas Resetarits das Licht der Welt. Als Vierjähriger kommt er dann nach Wien-Favoriten, lernt zügig Deutsch und wird Ministrant bei Kaplan Adolf Holl. Warum er dann nach einer Beat-Band-Karriere und einem abgebrochenen Studium als Angestellter des Flughafens Wien eine Königin rettet, für einen Rolling Stone dessen Koffer findet und an einer Weinverkostung in Australien teilnimmt, erzählt Resetarits in seinen Erinnerungen.

Verlag: Carl Ueberreuter Verlag 2022, 196 Seiten, ISBN: 978-3-8000-7800-4

Schicke uns eine E-Mail mit deiner Adresse an presse@proge.at und gewinne mit etwas Glück eines von zwei Exemplaren. Kennwort: „Krowod“

Online-Bestellmöglichkeit unter <https://shop.factory.at>

*Die Gewinner:innen der Buchverlosung „Die KI war's“ der letzten „Glück auf!“-Ausgabe sind:
Lena Schuster, 8190 Birkfeld und Daniel Ochsenhofer, 8644 Mürzhofen*



Böse Lohnnebenkosten?

Grundlage für unseren Sozialstaat

Derzeit wird wieder heftig über die Kürzung der Lohnnebenkosten diskutiert. Doch wer profitiert, wer hat Nachteile? Wir haben die wichtigsten Fragen und Antworten zusammengefasst.

Was sind Lohnnebenkosten?

Jedem Beschäftigten werden von seinem Bruttolohn – neben der Lohnsteuer – Sozialversicherungsbeiträge abgezogen. Was auf dem Lohnzettel nicht ersichtlich ist: Auch die Arbeitgeber müssen Sozialbeiträge leisten. Diese umfassen Unfall-, Kranken-, Arbeitslosen- und Pensionsversicherung. Darüber hinaus müssen sie in den Familienlastenausgleichsfonds (FLAF), aus dem wichtige Familienleistungen wie zum Beispiel die Familienbeihilfe bezahlt werden, und in den Insolvenz-Entgelt-Fonds einzahlen. Zudem fallen noch Kommunalsteuern, die eine wichtige Einnahmequelle der Gemeinden sind, und die Wohnbauförderung an. Die Lohnnebenkosten sind also die Grundlage für unseren Sozialstaat, von dem nicht nur die Arbeitnehmer:innen profitieren, sondern auch die Unternehmer. Der gut ausgebaute Sozialstaat sichert den sozialen Frieden, der ein wesentlicher Standortvorteil für die Wirtschaft ist.

Warum will die Wirtschaft eine Lohnnebenkostensenkung?

Laut Arbeitgeberseite sind die Lohnnebenkosten in Österreich zu hoch und dies sei ein Wettbewerbsnachteil. Ein Mythos, wenn man sich die Zahlen genauer anschaut. Es ist zwar richtig, dass Österreich mit rund 43,6 Prozent (Stand 2022) eine hohe Abgabenquote hat, im internationalen Vergleich liegt sie aber auf dem Niveau anderer Länder mit vergleichbar gut ausgebautem Sozialstaat. Beispiele dafür sind Schweden, Dänemark oder Norwegen. Ob sich ein Staat im internationalen Wettbewerb behaupten kann, entscheidet nicht die Höhe der Lohnnebenkosten. Sie müssen im Verhältnis zur Produktivität betrachtet werden. Hier liegt Österreich im soliden Mittelfeld vergleichbarer Volkswirtschaften. Für die Arbeitgeberseite ist eine Lohnnebenkostensenkung daher nicht entscheidend für die Wettbewerbsfähigkeit, sondern sie ist eine einfache Maßnahme, um die Gewinne zu maximieren.

Was haben Beschäftigte von einer Lohnnebenkostensenkung?

Derzeit wird vorrangig über die Senkung des Dienstgeberanteils der Lohnnebenkosten (bspw. die Finanzierung des FLAF aus dem Budget) diskutiert. Arbeitnehmer:innen würden davon nicht profitieren, denn die Einsparungen betreffen nur den Arbeitgeber, der in keiner Weise verpflichtet ist, diese in Form

von höheren Löhnen weiterzugeben. Ebenso gilt zu bedenken, dass sinkende Beiträge zur Sozialversicherung auch zu Leistungseinschränkungen führen. Das kann ein höheres Pensionsantrittsalter oder auch eine schlechtere Gesundheitsversorgung mit sich bringen. Einen ersten Vorgeschmack auf Leistungskürzungen hat Kanzler Karl Nehammer bereits gegeben: Er will die Nettoersatzrate beim Arbeitslosengeld von 55 auf 50 Prozent senken.

Wer bezahlt die fehlenden Beiträge?

Letztendlich die Arbeitnehmer:innen. Denn verschlechtern sich die Leistungen, muss für Gesundheit oder Pensionsvorsorge tiefer in die Tasche gegriffen werden. Und werden die fehlenden Einnahmen durch das Budget kompensiert, zahlen erst recht die Beschäftigten über die Lohnsteuer oder auch die Umsatzsteuer. Die Pläne von Bundeskanzler Nehammer, die Lohnnebenkosten bis 2030 um drei Prozent zu kürzen, würden ein Budgetloch von knapp 20 Milliarden Euro verursachen. Bisher hat sich die Bundesregierung noch nicht geäußert, wie die Gegenfinanzierung aussehen soll. Für PRO-GE Vorsitzenden Reinhold Binder ist daher klar: „Wenn es eine ehrliche Diskussion zur Entlastung des Faktors Arbeit ohne Sozialabbau sein soll, dann ist für die Gegenfinanzierung ein gerechter Beitrag der Vermögenden notwendig.“



Die Beschäftigten von Liberty Steel in Ostrava wollen Gewissheit über ihre Zukunft.

Europa braucht Stahl und Stahl braucht Europa

Stahlindustrie in der Krise

Angesichts hoher Energiepreise, schlechter Auftragslage und eingemotteter Stahlwerke erneuert der Gewerkschaftsdachverband industriAll Europe seine Forderung nach einem europäischen Stahl-Aktionsplan, um Tausende Arbeitsplätze zu retten und die strategische Handlungsfähigkeit der EU zu erhalten.

Öffentliche Förderungen an Auflagen binden. Die Gewerkschaftsdachverbände industriAll Europe und IndustriALL Global fordern ein Ende des Missmanagements an den europäischen Standorten von GFG Alliance/Liberty Steel. Die PRO-GE hat dieses Anliegen in einem Solidaritätsschreiben unterstützt. Außerdem beweise der Fall einmal mehr, dass die Gewährung öffentlicher Gelder an soziale Auflagen geknüpft sein müsste, heißt es in dem Schreiben. Steuergelder für Investitionen sollten Arbeitsplätze sichern und schaffen, nicht gefährden.

LINKTIPP:
[industriall-europe.eu](https://www.industriall-europe.eu)

Am 22. Februar versammelten sich tausende Teilnehmer:innen zu einer Großkundgebung vor dem Stahlwerk von GFG Alliance/Liberty Steel im tschechischen Ostrava. Die Produktion steht seit Wochen still; 6.000 Beschäftigte sind davon betroffen, weitere 30.000 Arbeitsplätze in der Region hängen indirekt vom Stahlwerk ab. Ostrava ist nicht der einzige Standort von Liberty Steel, in dem die Produktion gestoppt oder gedrosselt wurde. Insgesamt stehen mehr als 20.000 Beschäftigte in der Tschechischen Republik, in Polen, Rumänien, Belgien, Luxemburg, Italien und Ungarn vor einer ungewissen Zukunft.

Gerechter Wandel auch für die Stahlindustrie. Die Probleme bei Liberty Steel sind aber nur ein besonders drastischer Auswuchs einer allgemeinen Krise in der europäischen Stahlindustrie. Die Produktionskapazitäten könnten auf Dauer um bis zur Hälfte zurückgehen, während weltweit Überkapazitäten produziert werden. Eine Entwicklung, die nicht nur tausende gut bezahlte Jobs gefährdet, sondern auch die wirtschaftliche Unabhängigkeit der EU in einem strategisch höchst bedeutenden Sektor.

Intransparenz und Gesprächsverweigerung. Der Investitionsbedarf für die Dekarbonisierung sowie für Reparaturen und Wiederaufnahme der Produktion in den heruntergefahrenen Werken ist riesig und wächst täglich. Über die weiteren Pläne hält sich das Unternehmen bedeckt. Informationen an den Europäischen Betriebsrat sind unzureichend, Gespräche mit Gewerkschaften wurden bislang abgelehnt. Noch nicht einmal über die Verwendung von Darlehen und Förderungen, die Liberty Steel von einigen Staaten gewährt wurden, herrscht Klarheit.

Dringender Handlungsbedarf. industriAll fordert daher einen gemeinsamen europäischen Stahl-Aktionsplan mit drei zentralen Forderungen: eine dringend benötigte industrielle Investitionsstrategie, soziale Verantwortung der Stahlunternehmen und eine Stärkung des sozialen Dialogs auf allen Ebenen. „Die Dekarbonisierung des Stahlsektors muss eine Erfolgsgeschichte für Europa werden, alles andere käme uns teuer zu stehen“, warnte industriAll-Generalsekretärin Judith Kirton-Darling Mitte Februar vor Abgeordneten des Europäischen Parlaments vor der Gefahr einer Deindustrialisierung. Ein weiteres hochrangiges Treffen ist bereits in Vorbereitung: Ein Krisengipfel zu den Missständen bei Liberty Steel mit Vertreter:innen der EU-Kommission, der betroffenen Mitgliedstaaten und der Gewerkschaften.



Gelebte Sozialpartnerschaft

Wer erfindet neue Lehrberufe?

Unsere Arbeitswelt wandelt sich stark. Neue Technologien und Materialien, die Digitalisierung, moderne Produktionsabläufe oder die „grüne Transformation“ – all das erfordert neue Fertigkeiten. Aber was passiert, wenn es dafür keinen Lehrberuf gibt? Wer bestimmt die Inhalte eines Lehrberufs? Und welche Rolle haben Gewerkschaften dabei?

Die Lehre in Österreich ist in ihrer Qualität einzigartig. Viele Länder beneiden uns um die fundierte duale Ausbildung in Betrieb und Berufsschule. Bei internationalen Lehrlingswettbewerben sind österreichische Lehrlinge regelmäßig ganz vorne mit dabei. Aber das wäre sicher nicht der Fall, würde zum Beispiel ein Installations- und Gebäudetechniker nichts über moderne Heizsysteme wissen. Berufsbilder müssen also laufend aktuellen Erfordernissen angepasst werden. Manchmal braucht es sogar einen neuen Lehrberuf.

Wer bestimmt das? Theoretisch könnte der Vorschlag für einen neuen Lehrberuf von allen ausgehen: von Arbeiterkammer oder der Gewerkschaft genauso wie von Unternehmen oder vom Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft selbst. De facto kommt die Initia-

tive aber meist aus der Wirtschaft. Ein Bildungsforschungsinstitut ist dabei ein wichtiger Partner. Es hilft, die Ideen und Vorstellungen in die Form einer Ausbildungsordnung zu gießen. Die Institute ibw oder öibf sind demnach in den gesamten Prozess involviert und erstellen einen Entwurf. Ist dieser in den Augen der Initiator:innen fertig durchdacht, wird er in den Bundes-Berufsausbildungsbeirat (BBAB) eingebracht. Im BBAB sind die Vertreter:innen der WKÖ und der AK mit ÖGB und Gewerkschaften stimmberechtigt. Vertreter:innen der Berufsschulen und aus dem Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit haben hingegen nur beratende Funktion. Der Beirat trifft sich monatlich. Hier hat die Arbeitnehmer:innenvertretung die Möglichkeit, eine Stellungnahme abzugeben. Gibt es noch Diskussionsbedarf, kann im BBAB ein sozialpartnerschaftlicher Ausschuss eingesetzt werden, in dem beide Seiten ihre eigenen Expert:innen zurate ziehen. Wird ein Kompromiss er-

zielt, so legt der BBAB dem Bundesminister das neue bzw. überarbeitete Berufsbild zur Verordnung vor.

Welche Rolle hat die PRO-GE? Von allen Gewerkschaften vertreten wir als PRO-GE fachlich den größten Anteil an Lehrberufen. Da wir mit Stimmrecht im BBAB vertreten sind, werden entsprechend viele Ausbildungsordnungen von uns in der Gestaltung und Überarbeitung begleitet.

Unser Fokus liegt dabei auf Einhaltung der Bestimmungen aus dem Kinder- und Jugendlichen-Beschäftigungsgesetz und dass Lehrinhalte altersmäßig den richtigen Lehrjahren zugeordnet sind. Da die Lehrberufe immer komplexer werden, wünscht sich die Wirtschaft tendenziell immer mehr Modularisierung und längere Lehrverhältnisse. Hier versuchen wir, unter Beiziehung von Expert:innen aus den organisierten Betrieben, einen Kompromiss für eine angemessene Lehrzeit zu erzielen. Es geht schließlich auch um den Übergang vom Lehrlingseinkommen zum Facharbeiterlohn. Sind die Ausbildungsinhalte angemessen? Können die Inhalte im Großteil der Lehrbetriebe vermittelt werden? Auch auf die Berufsschulen darf nicht vergessen werden: Gibt es ausreichend

DER WEG ZU EINEM NEUEM BERUFSBILD

Lehrlinge für eine eigene Berufsschulklasse? Gibt es genügend Fachpersonal aus der Praxis, die die Kenntnisse vermitteln können?

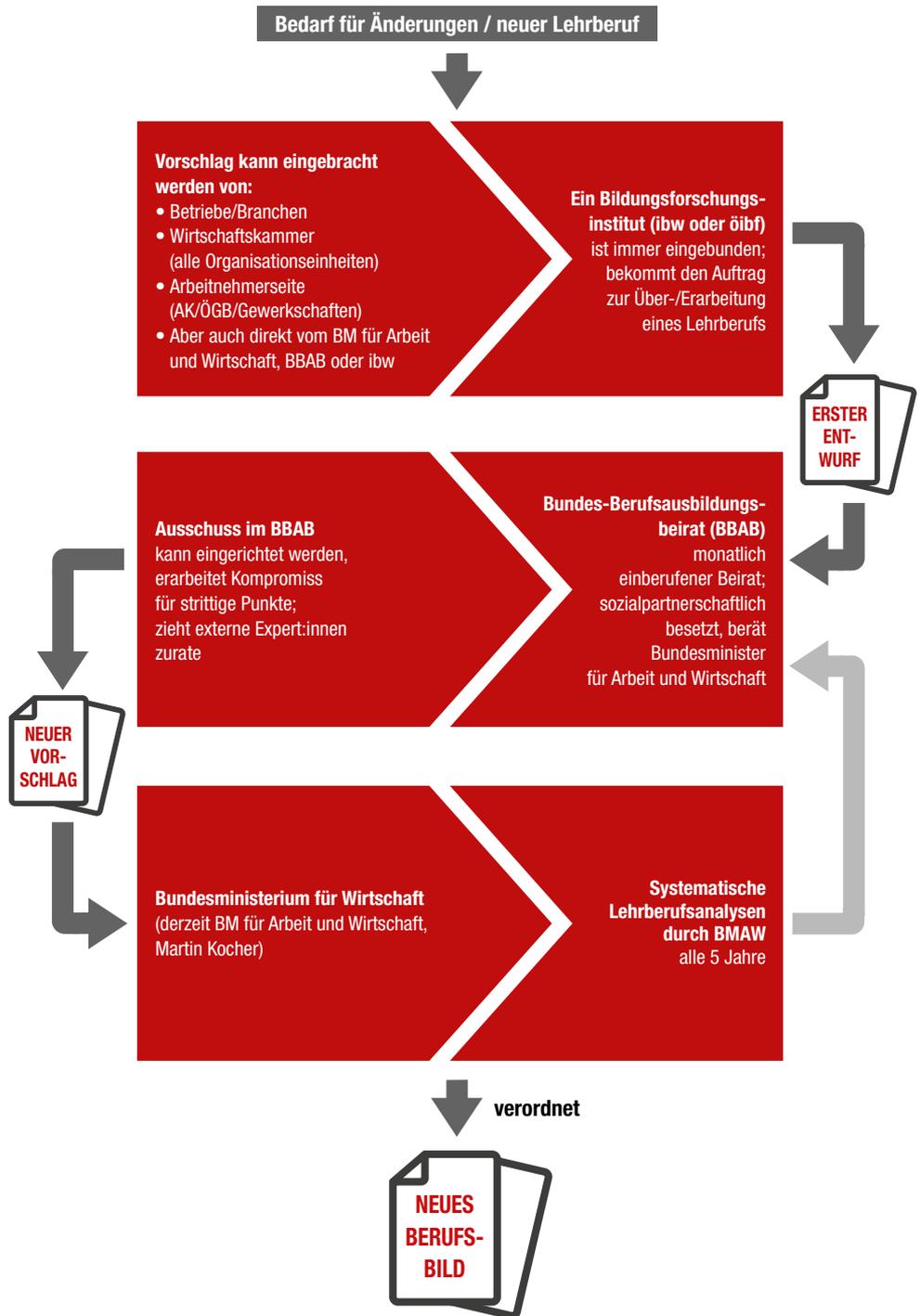
Was ist das Berufsbildscreening? Das Berufsausbildungsgesetz verpflichtet den:die Minister:in für Wirtschaft alle fünf Jahre zu einer Lehrberufsanalyse. Im letzten Berufsbild-Screening 2019 haben die Bildungsinstitute ibw und öibf alle Lehrberufe auf ihre Aktualität hin überprüft und eine Prioritätenliste zur Überarbeitung vorgeschlagen. Daraus resultierend könnte also auch vom zuständigen Ministerium der Auftrag für das Ausarbeiten eines neuen Lehrberufs kommen.

Zahlreiche Beispiele zeigen aber, dass die Impulse meist aus den Betrieben selbst kommen. Denn Lehrberufe wie die Pharmatechnologie oder Fleischverarbeitung wurden mittlerweile überarbeitet, obwohl sie im Berufsbild-Screening 2019 noch als „grün“, also ohne Aktualisierungsbedarf, eingestuft wurden.

Beispiel Elektrotechnik und Fernwärmetechnik. Auch der Modul-Lehrberuf Elektrotechnik wurde vor fünf Jahren noch „grün“ eingestuft. 2023 wurde aber bereits an einer Überarbeitung gefeilt. In der neuen Ausbildungsordnung wird mit dem neuen Spezialmodul „Smart Home“ und „Erneuerbare Energien und Elektromobilität“ an sehr aktuelle Bedürfnisse angeknüpft. Ebenso entstand durch die Notwendigkeiten der grünen Transformation der Lehrberuf Fernwärmetechnik. Damit wird man dem Fachkräftebedarf beim Ausbau von Fernwärme und Fernkälte gerecht und stellt somit einen wichtigen Beitrag zum Gasausstieg – vor allem in Städten – dar.

Plädoyer für die Lehre. Der große Bedarf an Fachkräften und eine sich schnell wandelnde Arbeitswelt sind auch für die Lehrlingsausbildung herausfordernd.

Als Gewerkschaft haben wir durch unser Stimmrecht im BBAB eine große Chance, positiven Einfluss auf die Neugestaltung von Berufsbildern zu nehmen.



men. Gleichzeitig sind wir dabei auf die Expertise und aktive Mitarbeit unserer Betriebsrät:innen und Ausbilder:innen in den Betrieben angewiesen. Betriebe sind ebenfalls ein wichtiger Teil der Lösung, indem sie wieder vermehrt ihre eigenen Fachkräfte ausbilden müssen. Denn die Zahl der ausbildenden Betriebe ist seit Jahren rückläufig. Und schließlich sind die politisch Verantwortlichen gefragt, indem sie formale Weiterqualifizie-

rungen für Lehrabsolvent:innen schaffen und ihnen so Bildungspfade zu höherer berufspraktischer Qualifizierung öffnen.

Gibt es diesen gemeinsamen Willen und die Anstrengungen dafür, sind wir als Gewerkschaft überzeugt, dass die Lehrlingsausbildung attraktiv bleibt und es in Zukunft genug Fachkräfte geben wird.

Betriebsreportage
Kromberg & Schubert Austria

Prüftechnik aus dem Burgenland

Kromberg & Schubert, auch Kroschu genannt, entwickelt und produziert im Kerngeschäft Bordnetzsysteme für die Automobilindustrie. Zusätzlich zählen Sonderleitungen und Kunststofftechnik zum Leistungsspektrum. Das Unternehmen mit Stammsitz in Deutschland hat weltweit mehr als 50.000 Beschäftigte an über 40 Standorten – Oberpullendorf im Burgenland ist einer davon. Hier arbeiten rund 260 Beschäftigte.

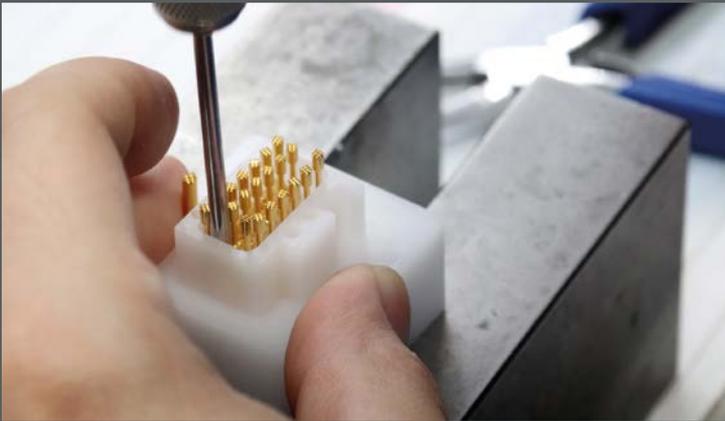
In der Werkshalle in Oberpullendorf, nahe der ungarischen Grenze, ist jeder Quadratmeter gut genutzt. Hier werden Kunststoffteile für die Automobilindustrie und Prüftechnik für Bordnetze produziert. Harald Rathmanner, seit 2017 Arbeiterbetriebsratsvorsitzender und zuständig für die rund 160

Arbeiter:innen am Standort, führt uns durch die Abteilungen Werkzeugbau, Kunststofffertigung und Prüfmittelbau. Zusätzlich gibt es den Bereich Commercial Management.

Wir beginnen unsere Besichtigung im Prüfmittelbau. Die immer anspruchs-

vollere Technik in Autos muss absolut verlässlich funktionieren. Jedes Kabel eines Bordnetzes wird deshalb auf Prüftischen getestet, bevor es eingebaut wird. Die einzelnen Prüfmodule für diese Prüftische werden in Oberpullendorf produziert – und zwar über 25.000 Stück pro Jahr.

Ein weiterer großer Tätigkeitsbereich ist die Kunststofftechnik mit dem Werkzeugbau. Jährlich stellen die Beschäftigten rund 300 Millionen Spritzgussteile für die Automobilindustrie wie Kabelführungen oder Stromverteiler an 34 Spritzgussmaschinen und acht au-



Im Prüfmittelbau werden die präzise gefrästen Holz-, Metall- oder Kunststoffteile und die Elektronikkomponenten zu Prüfmodulen zusammengebaut.

Diese Spritzgussmaschine wird für eine neue Produktion umgerüstet (Bild unten) und muss zuvor gründlich gereinigt werden (Bild oben).



Bevor die Prüfmodule weltweit in sogenannte Prüftische integriert werden, müssen sie selbst noch getestet und final geprüft werden.

Im Bereich Kunststofffertigung wird im Drei-Schicht-Betrieb von Montagfrüh bis Samstagabend gearbeitet.

Dieser Arbeiter bestückt das Magazin mit den Rohlingen aus Holz und Kunststoff. Ein Roboter übergibt die zugeordneten Rohlinge an die Fräsmaschine.

tomatisierten Anlagen her. Den Standort in Oberpullendorf gibt es seit 1987. Bis 1997 wurden hier noch Kabelbäume hergestellt. Danach begann man mit der Spezialisierung auf den Prüfmittelbau und die Kunststofffertigung.

Arbeiterbetriebsratsvorsitzender Harald Rathmanner hat selbst im Betrieb Werkzeugbauer gelernt. Der freigestellte Betriebsrat ist zusätzlich in zahlreichen Gremien aktiv. „Ich versuche, so oft es geht, eine Runde im Betrieb zu drehen, auch wenn ich wegen meiner Elternteilzeit nur 30 Wochenstunden arbeite“, erzählt der Familienvater.



Im Betrieb ist ihm ein gutes Miteinander wichtig. Er organisiert Feste und Freizeitaktivitäten wie Wettfischen, Kegel- oder Fußballturniere. Außerdem kümmert er sich um die Verpflegung durch einen Wirt und einen Bäcker, verhandelt Mitarbeiterrabatte bei Firmen und möchte neben der BR-App die Betriebsratszeitung als Kommunikationstool wiederbeleben. Rathmanner ist auch zuversichtlich, dass es wieder einen Jugendvertrauensrat geben wird, wenn ab Herbst insgesamt acht Lehrlinge im Betrieb ausgebildet werden.



„Werkzeugbauer zu lernen, war für mich die richtige Entscheidung“, ist dieser Lehrling im zweiten Lehrjahr zufrieden. Er ist einer von derzeit vier Lehrlingen.



In der zertifizierten Qualitätssicherung wird überprüft, ob die Kunststoffkomponenten allen Anforderungen und Normen entsprechen.



Die Spritzgusswerkzeuge für die Kunststoffteile werden im Werkzeugbau, wie hier an der 5-Achs-Fräsmaschine, hergestellt.



Die regelmäßige Wartung und Instandhaltung der Spritzgusswerkzeuge sind wichtige Faktoren im hauseigenen Werkzeugbau.



Schläuche und Rohrleitungen versorgen die Spritzgussmaschinen über die zentrale Vortrocknungsanlage mit Kunststoffgranulaten.



In Burgenland werden pro Jahr 300 Millionen Spritzgussteile für die Automobilindustrie gefertigt.



Die Produkte werden nach Kundenbestellung gefertigt und bis zur Abholung im Fertigteillager zwischengelagert.



Alles, was Recht ist

Ist der Tierarztbesuch eine bezahlte Dienstverhinderung?

Wartet zu Hause ein Hund oder eine Katze auf dich? Dann gehört dein Haushalt zu jenem Drittel mit Haustier. Doch was ist, wenn während der Arbeitszeit ein Tierarztbesuch notwendig ist? Die PRO-GE Rechtsexpertin Birgit Riegler erklärt, unter welchen Voraussetzungen das eine bezahlte Dienstverhinderung ist.

Der Hund frisst nicht mehr oder die Katze braucht eine Impfung. Wenn ein Tierarztbesuch während der Arbeitszeit nötig ist, weil das Tier ohne ärztliche Behandlung leiden würde, so ist das in der Regel ein Dienstverhinderungsgrund. Dieser liegt vor, wenn ich „wegen eines wichtigen, meine Person betreffenden Grundes ohne Verschulden während verhältnismäßig kurzer Zeit an der Arbeitsleistung verhindert“ bin. Während dieser Zeit bekommt man das Entgelt weiterbezahlt, so, als ob man gearbeitet hätte. Das heißt, es gebühren beispielsweise sogar SEG-Zulagen oder Überstundenzuschläge, die an diesem Tag angefallen wären.

Allerdings müssen meine Interessen gegenüber den Interessen meines Arbeitgebers an meiner Arbeitsleistung überwiegen. Da mir aber Geld- oder sogar Freiheitsstrafen wegen Tierquälerei drohen, wenn ich mit meinem kranken oder verletzten Haustier nicht zum Tierarzt gehe, werden in so einem Fall meine Interessen die höherwertigen darstellen.

Aber was ist, wenn mein Haustier „nur“ eine Impfung benötigt? Da die meisten Impfungen nur von Tierärzten und Tierärztinnen durchgeführt werden dürfen, ist auch das in der Regel ein Dienstverhinderungsgrund. Denn

wenn ich selbst eine Behandlung durchführen würde, die gesetzlich nur Tierärzten und Tierärztinnen vorbehalten ist, würde ich ebenfalls gegen die Bestimmungen des Tierschutz- bzw. Tierärztegesetzes verstoßen.

Achtung! Bei einer Dienstverhinderung muss immer **alles Zumutbare unternommen worden sein, um sie zu vermeiden** und man muss sie **möglichst kurz halten**. Das heißt, Termine sind wenn möglich von anderen Mittierhalter:innen wahrzunehmen. Sie sind möglichst außerhalb der Arbeitszeit zu legen, was in unvorhersehbaren und/oder unaufschiebbaren Fällen häufig nicht möglich sein wird, etwa wenn sich das Tier verletzt oder akut erkrankt. Eine Dienstverhinderung muss außerdem **so schnell wie möglich bekannt gegeben** und bei Verlangen auch **nachgewiesen** werden.

Tipp:

Seit 1.7.2018 gelten für Angestellte und Arbeiter:innen dieselben Regelungen bei einer Dienstverhinderung. Alle Arbeitnehmer:innen behalten den Anspruch auf Entgelt, wenn sie durch wichtige, ihre Person betreffende Gründe ohne ihr Verschulden für verhältnismäßig kurze Zeit verhindert sind, ihre Arbeit zu leisten.



Birgit Riegler ist Rechtsschutzexpertin der Produktionsgewerkschaft PRO-GE. Noch Fragen? Wende dich an die PRO-GE in deiner Nähe!

www.proge.at/ueber-uns/kontakte



KONTAKTE

Hotel Bad Hofgastein

2024

Schnupperweekend

von **Freitag** bis **Sonntag**

teilweise mit **Verlängerungsmöglichkeit** bis Montag



Freie Termine von Freitag bis Sonntag:

5. April bis 7. April	7. Juni bis 9. Juni
12. April bis 14. April	14. Juni bis 16. Juni
19. April bis 21. April	21. Juni bis 23. Juni
26. April bis 28. April	28. Juni bis 30. Juni
3. Mai bis 5. Mai	5. Juli bis 7. Juli
24. Mai bis 26. Mai	

Leistungen

- reichhaltiges Frühstücksbuffet
- Abendbuffet oder wahlweise Mittagessen
- freier Eintritt in die Alpentherme Gastein (mit Relax-, Family-, Sauna- & Ladies World)

Die Alpentherme Gastein ist bequem durch einen unterirdischen Verbindungsgang direkt vom Hotel aus im Bademantel erreichbar. Die Gratisbenützung der Therme beginnt mit der Entgegennahme des Zimmerschlüssels ab 15:00 Uhr und endet am Vorabend des Abreisetages zu Betriebsschluss der Alpentherme.

Neues von der

Alpentherme Gastein:

„swim-in“ Meerwasseraquarium in der Family World. Auch die Alpentherme Gastein setzt auf Innovation und investiert 4 Millionen Euro in diesen spektakulären Umbau.

Bauzeitplan: Laut aktuellem Bauzeitplan ist die Family World ab Mittwoch, 3. April 2024 komplett gesperrt! Nach 3 Monaten - rechtzeitig vor Beginn der Sommerferien - wird der Großteil der Family World wieder in Betrieb genommen.



Reservierung & Information

Telefon: (01) 53 444-69707

E-Mail: urlaub@proge.at

PRO-GE Urlaub & Seminar GmbH

1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1

www.proge-urlaub.at

Pauschalpreis

für 2 Nächte inklusive Halbpension

PRO-GE Mitglieder Erwachsene € 182,00

1 Verlängerungsnacht bis Montag: nur € 64,00

Preis pro Person inklusive aller Abgaben
exklusive Nächtigungsabgabe

PRO-GE
Urlaub & Seminar GmbH

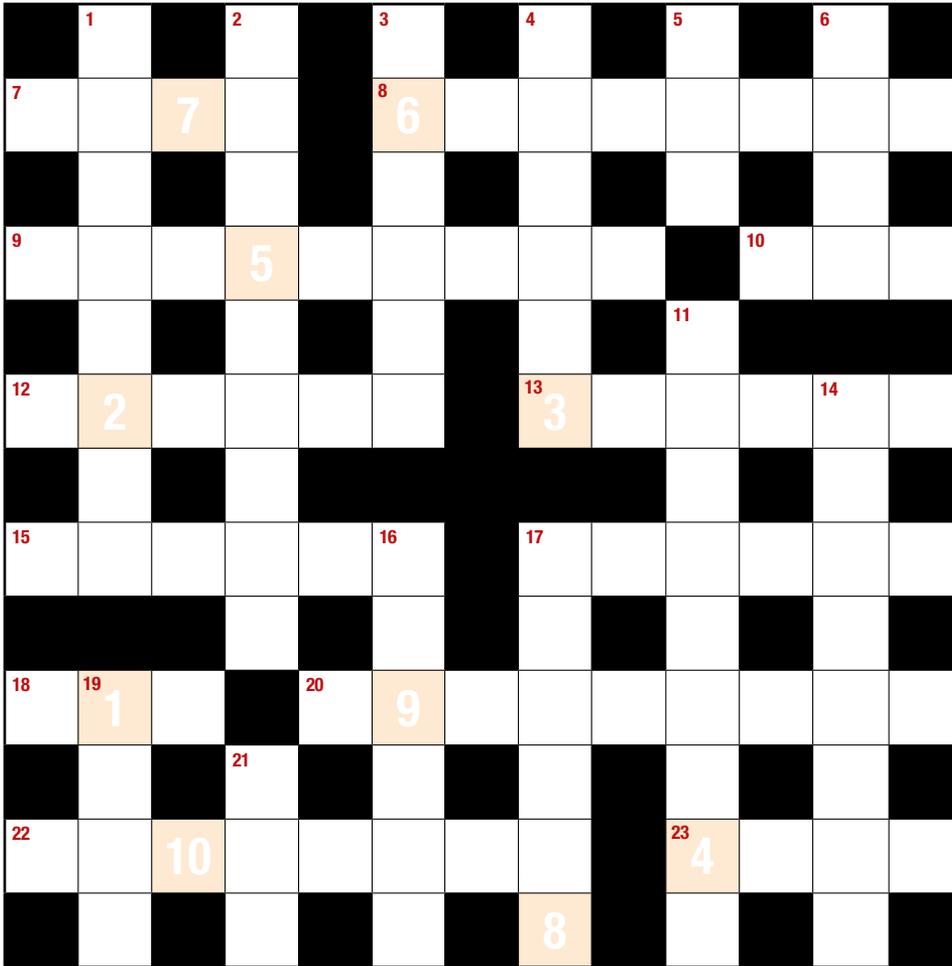
Preisrätsel



- | | | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|----|
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|----|

Zu gewinnen gibt es
2 x 2 Karten für die Vorstellung
„Der Diener zweier Herren“
 der Schloss-Spiele Kobersdorf am 4. Juli 2024

HINWEIS: Die Buchstaben in den unterlegten Feldern ergeben aneinandergereiht ein defizitäres Lösungswort.



LÖSUNGSWORT aus der vorigen Ausgabe **GLÜCK AUF!: BAECKEREI**

Wir gratulieren dem Gewinner der Glück auf! Ausgabe 4/2023:
 Rudolf Hahn, 7210 Mattersburg

Schicke das Lösungswort mit **Namen, Mitgliedsnummer, Adresse** bis 2. Mai 2024 an **PRO-GE**, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien (bitte ausreichend frankieren) oder per E-Mail an glueckauf@proge.at

Waagrecht:

- Mit Haut und Haaren gesuchtes Kleid von Fuchs und Hase
- Tust du alles für die Katz', ist auch Besuch bei ihm am Platz (siehe S. 21)
- Wie das Beste rausholen? Ein Wort zum Zusammenhalt, findet sich auf S. 5
- Adressangabe im Internet – ohne die wäre der Sommerurlaub nicht komplett
- Hülle für papierene Fülle: die Post ist dafür der richtige Umschlag-Platz
- Der ist dir als Benzin-Alternative auch nicht grün
- Einverstanden! – sagte *Edgar E.* und unterschrieb sich anagrammatisch
- Feinster Edelstoff fürs Spitzentaschentuch
- Den Klostervorstand findest du inmitten des Zugabteils
- Rituelle Auskenner: Zu beschwören Geister oder Ahnen/ ist traditionell die Pflicht eines –
- Plus im Portemonnaie, wie auf S. 8 erhofft (2 Worte)
- Die Rose von Stambul – wie sie dortselbst genannt wird

Senkrecht:

- Ein Wort zur Inflation, gesehen z.B. auf S. 5
- Doppelconference: Zwar ist ein „G'scheiter“ stets dabei, / doch was er red't, ist –
- Womit der Quargel seine Zeit verbringt? Er ...!
- Bekleidung, buchstäblich teils wie vom Maurer gemacht
- Hier braucht es einen Vorsprung – aber nur am Land
- Ein guter Ton, wenn der Frühlingshimmel so richtig blau macht
- Abzüge am Gehaltszettel, auch von Arbeitgebern zu Sozialzwecken zahlbar (Mz., siehe S. 14)
- Niederschlagende Bemerkung: Wo der hinfällt, kann's dir was verhaseln
- Für Mieten sehr erwünscht wäre, was sprichwörtlich auf jeden Topf passt (siehe S. 10)
- Einst bekannt als der Wilde, gab er für Coppola den leinwandnen Paten
- Getränk, bei den Bayern stets maß-voll zu genießen
- Das Für-Wort darf bei uns ge-werkschaftlich nie fehlen

Rätsel: Vera Ribarčič



Ein Ersuchen des Verlages an die/den Briefträger/in:

Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder richtige Anschrift mit

Straße/Gasse / Haus-Nr. / Stiege/ Stock/ Tür

Postleitzahl / Ort
Besten Dank

WeFair

Die Messe für
ein nachhaltiges
Miteinander

12. bis 14.04.2024 | Marx Halle Wien

Auf Österreichs größter Messe für einen fairen und nachhaltigen Lebensstil bieten Aussteller:innen aus den Bereichen Mode, Ernährung, Lifestyle und Mobilität für jede Konsumententscheidung eine nachhaltige Alternative.

GEWINNE 2 EINTRITTSKARTEN!

Sende uns einfach in einer E-Mail, mit dem Betreff "WeFair-Verlosung", deinen Namen, Geburtsdatum und Adresse an marketing@proge.at

Wenn du Gewerkschaftsmitglied bist, nimmst du damit an der Verlosung teil und wirst, im Falle eines Gewinns, per Mail von uns benachrichtigt.

EINSENDESCHLUSS IST DER 05.04.2024



! Auch die PRO-GE wird wieder vertreten sein, um auf weltweite Arbeitsbedingungen in der Produktion aufmerksam zu machen!

PRO-GE